

Über 100 Staaten haben Cyberwar-Einheiten aufgestellt und Cyberwar-Strategien entwickelt, die die militärische und zivile Infrastruktur gefährden. Auch die Bundeswehr soll den Bereich "Cyber und Informationsraum" erhalten. Doch weder ist international definiert, was Cyberwaffen eigentlich sind, noch wie militärische Angriffe über den Cyberspace völkerrechtlich zu bewerten sind. Die NATO stellt Cyber-Attacken auf eine Stufe mit konventionellen militärischen Aggressionen. Das heißt auch:

Angriffe über Datennetze könnten künftig den Bündnisfall auslösen.

Cyber-Sicherheit ist ein legitimes Anliegen der Staaten und der Zivilgesellschaft. Cyberpeace ist ein Gegenkonzept zur Cyber-Kriegführung. Statt den Cyberspace zu militarisieren, sollte die Regierung unter dem Aspekt der Vertrauensbildung ein klares Bekenntnis zur ausschließlich defensiven Ausrichtung ihrer Cyber-Einheiten abgeben.

\* IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg FifF – Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung

## Donnerstag, 20. Oktober, 19:00 Uhr

Speicher der Volkshochschule Haus Alte Waage Eintritt frei



